



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 01. Dezember 2010
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten Nrn. 39/10, 40/10, 41/10

(Drucksachenband 154)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0194 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0195 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 27.10.2010 wird genehmigt

Einstimmig

Die unter den nachstehend aufgeführten Sitzungsvorlagen/Anträgen (Beschluss Nr. 0196 bis 0209) werden ohne Aussprache abgestimmt.

0196 10-V-20-0033

Abschlussbericht über das Projekt " Aufbau einer elektronischen Akte LHW / eGovernment-Labor " ; Beschlussfassung für neue Projektphase " Produktivnahme eAkten LHW "

Einstimmig

0197 10-V-20-0054

Investitionscontrolling 3. Quartal 2010

Einstimmig

0198 10-V-20-0057

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0199 10-V-20-0059

Statusbericht und weiterer Ausbau des onlineRathauses

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0200 Einstimmig
09-V-11-0002

onlineRathaus-Umsetzung und Erweiterung

Einstimmig

0201 10-V-52-0019

Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Naurod

gegen BLW

0202 10-V-82-0007

Auftaktveranstaltung der Deutschen Tourenwagen Meisterschaft 2011

gegen BLW

0203 10-V-82-0010

Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes TriWiCon

Einstimmig

0204 10-V-82-0011

Fortschreibung Wirtschaftsplan 2010/2011 TriWiCon

Einstimmig

0205 10-V-66-0228

Glarusstraße - Neubau

Enth. BLW

0206 10-V-36-0001

Umsetzung des Projektes "Hochwasserschutz und Gewässerentwicklung am Wickerbach in Delkenheim, Bauphase 3"

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0207 10-V-70-0005

Jahresabschluss 2009 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses;
Ergebnisverwendung

Einstimmig

0208 10-V-70-0006

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt
Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2010

Einstimmig

0209 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon

Einstimmig

0211 08-F-25-0117

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 22.10.2008 -

Zu diesem Punkt ist Herr Jäger (Sozialdezernat) anwesend.

Der berichtet, dass

- es im Gerichtsverfahren LHW gegen Stadt Idstein keine Fortschritte gibt, die Klage aber von Seiten der Stadt Wiesbaden wieder aufgenommen und ein externer Rechtsanwalt mit der Vertretung beauftragt wurde,
- in Gießen im Sinne der LHW entschieden wurde und dort die Klage am VGH Kassel zugelassen wurde,
- die Forderungen aus dem Jahr 2007 am 01.01.2011 verjähren und alle Städte diesbezüglich angeschrieben wurden,
- bis auf Niedernhausen, die nicht auf die Einrede der Verjährung verzichtet hat (Klage müsste angestrebt werden) und 3 Gemeinden (Hünstetten, Aarbergen, Idstein), die sich bis zum 06.12.2010 äußern können, haben alle anderen Gemeinden ihren Einredeverzicht erklärt,

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- in persönlichen Gesprächen 2008 mit der Stadt Taunusstein die Abrechnung im Bereich der Elementarkinder als vorläufige Vereinbarung erreicht werden konnte,
 - die Stadt Taunusstein über einen langen Zeitraum erklärt hat, dass noch Detailfragen zu klären seien und eine förmliche Vereinbarung anstrebt, die bis zur endgültigen Klärung durch die Gerichte Bestand haben soll, aber auch in 2010 mit der Stadt Taunusstein keine abschließende Klärung erreicht werden konnte. Den Einredeverzicht hat die Stadt Taunusstein mittlerweile erklärt.

Der Magistrat (Dezernat VI) wird in der Sitzung des Ausschusses am 02.02.2011 über die Fortschritte in der Angelegenheit berichten.

Einstimmig

0212 10-F-01-0068

Druckerzeugnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der SPD-Fraktion vom 17.08.2010 -

Stv. Gerich findet es interessant, dass Dezernat III eine Unterscheidung bei den Druckerzeugnissen macht. Diese Unterscheidung gäbe es im Gesetz nicht. Er bittet um eine genaue Definition, hält den jetzigen Bericht für etwas zu dünn.

Der zuständige Dezernent wird in die nächste Ausschusssitzung eingeladen.

Einstimmig

0213 10-F-02-0027

Salz- und Streugutvorrat für den kommenden Winter
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 13.10.2010 -

Vors. Tollebeek bringt seine starke Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass zu diesem Punkt niemand von Seiten des Magistrats anwesend ist. Das, was der Ausschuss in der letzten Sitzung eindeutig gefragt hat, ist nicht beantwortet. 3.500 t Streusalz reichen nicht aus, gerade wenn man den Prognosen zu einem Jahrhundertwinter Glauben schenken will. Salz ist kein verderbliches Gut. Der Ausschuss hatte klar zum Ausdruck gebracht, dass mehr Salz eingelagert werden soll. Es sollte auch zu den möglichen Kosten berichtet werden - auch das fehlt im Bericht.

Man habe außerdem nach der Vertragsstrafe gefragt - dazu gibt es eine rechtliche Abhandlung, aber keine Aussage zu den neu abgeschlossenen Verträgen.

Es wurde nach der tatsächlichen Lieferung gefragt - auch keine Antwort.

Zur aktuellen Situation hat es einen langen Pressebericht gegeben und zwar vor der Ausschusssitzung. Das hätte auch anders gehandhabt werden müssen, denn zum gebührligen Umgang gehört, dass man erst dem Ausschuss berichtet und dann an die Presse geht.

In der Niederschrift der letzten Sitzung steht, dass in den letzten Jahren durchschnittlich 1500 t Salz benötigt wurden und wir jetzt 1000 t dazu genommen haben. In der Zeitung steht jetzt aber, dass wir 1000 t eingelagert haben und 2.500 t dazu gekauft haben und jetzt 3500 t eingelagert sind.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

| | | |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl. Nr. | Vorlagen Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

Wie viel Salz ist denn tatsächlich eingelagert? Es kann sicher nicht bis Februar gewartet, um dann aus der Presse zu erfahren, dass das Salz ausgegangen ist.

Im FiWi muss das Thema aufgegriffen werden. Ein Anweisungsantrag könne den Forderungen Nachdruck verleihen.

Stv. Gerich fragt nach, ob denn der Magistrat meint, dass der Ausschuss die Antworten auf die Fragen der Presse entnommen habe.

Die Diskussion vom letzten Mal war eindeutig. Der Ausschuss will nicht noch einmal solche Umstände erleben wie im letzten Winter. Vielleicht sollte der Revisionsausschuss auch mal eine Presseerklärung herausgeben. Man frage sich wirklich, wer auf wen böse ist, dass dem Ausschuss eine solche Antwort vorgelegt werde, das sei eine Frechheit.

Die Angelegenheit in der nächsten Woche im FiWi noch einmal zu diskutieren, sei sinnvoll.

Schon jetzt seien viele Straßen spiegelglatt und man hört, dass jetzt bis zu 100 t Salz am Tag gebraucht werden und dann klar wird, dass pro Tag nur ein Lastwagen kommen kann, weiß niemand mehr, was man eigentlich noch glauben soll.

Stv. Wieltch fragt nach, wie hoch die Konventionalstrafen sind. Außerdem könne die Produktion gar nicht mit der Nachfrage standgehalten (sollte um 12 % gesteigert werden). Wie viel Salz wird pro Tag gebraucht und wie wird sichergestellt, dass die LHW das Salz auch wirklich bekomme.

Herr Wack teilt mit, dass in den vergangenen Jahren 1000 t Salz eingelagert wurden und man die Möglichkeit hatte, 500 t nachzuordern. Mit diesen 1500 t sei man ausgekommen. Zusätzlich standen Splitt und Sand zur Verfügung. Jetzt sei die Lagerkapazität erhöht und auch entsprechend mehr Salz gekauft (3500 t) worden.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass man aber relativ nah an die 7000 t herankommen wollte und dazu auch eine Kostenaufstellung erhalten wollte.

Lt. Herrn Wack wurde die ehemalige Sortierhalle entkernt und als Salzlager umgebaut. Aktuell seien schon wieder 500 t durch den Wintereinbruch entleert, aber auch schon nachgeordert. Die 3,5 fache Menge liegt im Zwergweg.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass der Tagesverbrauch dann wohl bei ca. 100 t pro Tag liege. Bis März seien es 120 Tage - wie man dann mit dem Salzvorrat auskommen wolle, wenn es einen Jahrhundertwinter gibt, ist ihm nicht klar. Die entscheidende Frage sei, dass die LHW auf die Prognosen zum Winterverlauf vorbereitet sein sollte.

Lt. Herrn Wack liegt die Konventionalstrafe bei 60 €. Das Salz wurde aber im letzten Winter erst für 85 € und zum Schluss 180 € pro Tonne verkauft.

Vors. Tollebeek schlussfolgert, dass jetzt die Konventionalstrafe genauso hoch sei wie 2009.

Wenn Lt. Herrn Wack kein Salz mehr da sei, sei keins mehr da, ganz gleich, wie hoch die Strafe sei. Nach menschlichem Ermessen müsste es reichen, denn es sei noch Splitt, Sand und Sole (Feuchtsalz) da. Sehr viele Kommunen haben den Salzvorrat verdoppelt, ELW habe mehr eingelagert. Mit den Nachlieferungen müsste man hinkommen.

Herr Löber berichtet, dass nach seinem Kenntnisstand die ELW Müll in die Nähe des Salzlieferanten bringe und fragt nach, ob man nicht bei der Rückfahrt die LKW nutzen und Salz nach Wiesbaden bringen könne.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

| | | |
|---------|----------|--|
| Beschl. | Vorlagen | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
| Nr. | Nr. | |

Lt. Herrn Wack ist die Verbrennung in Heringen, man könne aber nicht dieselben LKW benutzen. Außerdem würde der Transport durch einen Subunternehmer erfolgen. Müllkippe und Salzlieferant lägen nicht allzu weit auseinander, aber es geht nur ein Teil der Wiesbadener Abfälle nach Heringen. Man müsste die LKW umrüsten, dadurch würde die Transportmenge für Müll kleiner. Aber vielleicht würden für Abholer Vorteile entstehen im Gegensatz zu den Städten, die liefern lassen.

Vors. Tollebeek kann sich vorstellen, diesen Vorschlag vielleicht als Tipp an die Betriebskommission zu geben.

Stv. Kienast-Dittrich berichtet, dass Mainz und Frankfurt die doppelte Menge an Salz eingelagert hätten. Bauen die ELW darauf, dass wir im Bedarfsfall noch Salz bekommen, weil diese Städte genug eingelagert haben?

Lt. Herrn Wack ist nach Aussage beider Lieferanten reichlich Salz da.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass Herr Wack fachlich besser informiert ist als der Ausschuss. Er kann auch verstehen, dass Herr Wack glaubt, dass man nach menschlichem Ermessen mit der Salzmenge auskommen müsste. Die LHW habe aber eine gewisse Vorsorgepflicht, man wolle Knochenbrüche etc. vermeiden.

In Bierstadt kämen außerdem zunehmend Beschwerden, dass immer noch Splitt unter den Autos liege.

Der Ausschuss habe einen anderen, politischen Ansatz - die Grundfunktionen der Stadt müssten sichergestellt werden - man habe z. B. Brandschutz an Schulen - als Vorsichtsmaßnahme.

Der worst case war der letzte Winter. Er hätte sich selber nicht mehr mit seinem Fahrzeug fortbewegen können und auch zu Fuß hätte man nicht mehr vorwärts kommen können.

Man wolle die Vorsichtsmaßnahmen als städtische Sicherungspflicht ansehen und auch die Kosten dafür tragen.

Selbst wenn die LHW wirklich zu viel Salz haben sollte und andere Städte nicht mehr, könnte man das Salz teuer verkaufen und vielleicht das Geschäft des Jahrhunderts machen.

Stv. Wieltch geht davon aus, dass die Einlagerung in Frankfurt und Mainz die Nachfrage dämpft. Wenn aber nur 12 % mehr produziert werden, seien Engpässe doch vorprogrammiert. Im vergangenen Jahr hatte man den Effekt, dass das Salz ausging und dann zu einem überzogen hohen Preis verkauft wurde. Die ELW sollte bedarfsgesteuerte Mengen einlagern. Der Engpass komme bestimmt.

Stv. Schäfer fragt nach, ob denn auch das Personal vorhanden sei, um die 7000 t Salz zu streuen, wenn die ELW es denn überhaupt eingelagert hätte. Auch jetzt seien nicht alle Straßen gestreut. Wie soll das angegangen werden? Wie funktioniert das, wie ist die Personalstärke gesichert.

Herr Wack berichtet, dass Stufe I und II abgearbeitet seien, die Seitenstraßen mussten vernachlässigt werden, man habe aber gestern und heute auch mit Straßen der Stufe III angefangen. Sollte ein Einbruch kommen, habe man sich vertraglich Ressourcen gesichert bei der FFR. Für den Extremfall seien Fahrzeuge und Personal gesichert.

Vors. Tollebeek schlussfolgert, dass dieses Personal dann das Salz, das eingelagert wurde, verteilt.

Herr Wack beantwortet diese Frage mit „Ja“, es würden im Bedarfsfall deren Fahrzeuge mit städtischem Salz beladen. Im nächsten Jahr müsse geschaut werden, wie mit den östlichen Vororten

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

| | | |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl. Nr. | Vorlagen Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

umgegangen werde. Man werde ein Konzept erarbeiten und klarstellen, wie viel Zeit der Winterdienst umfassen wird und welches Personal man dazu brauche. Auch das Sportamt, das Tiefbau- und das Grünflächenamt machen Winterdienst, man wolle deren Aufgaben nicht übernehmen.

Stv. Schäfer fragt nach, ob die ELW entscheide, wann FFR in Anspruch genommen werde. Aber man müsste doch jetzt schon Seitenstraßen vernachlässigen. Es wäre doch der Einsatz in diesen Straßen schon jetzt dringend erforderlich gewesen. Man habe aber 2 - 3 Tage gewartet.

Den Bürger/innen ist das Stufenprogramm nicht einsichtig - die Transparenz fehlt, denn der fällt, dem ist egal, warum nicht gestreut wurde.

Herr Wack teilt mit, dass im nächsten Jahr verschiedenen Varianten auch in Bezug auf die östlichen Vororte vorgestellt würden - und auch die Kosten dazu werden transparent dargelegt. Danach müsste die Politik entscheiden.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek berichtet Herr Wack, dass der Winterdienst in den östlichen Vororten nicht erst im Winter 2012/13, sondern bereits im Winter 2011/2012 umgestellt würde.

Stv. Dr. v. Poser geht davon aus, dass auch der böseste Winter bekämpft werden kann, wenn genug Material da ist. Ihn überzeuge, was Vors. Tollebeek gesagt habe. Man solle einfach einen Antrag stellen, damit sichergestellt wird, dass 7000 t eingelagert werden.

Stv. Dumont du Voitel weist darauf hin, dass man auch Lagerflächen benötige.

Stv. Gerich geht davon aus, dass man manchmal das auch lesen müsse, was beschlossen wurde. Im CDU-Antrag wird der Magistrat aufgefordert, mindestens 25 % mehr Streugut einzulagern. Die hier gegebene Antwort sei einfach mangelhaft und ein weiteres Handeln könne nicht bis Februar geschoben werden. Man müsse über den FiWi etwas machen.

Herr Löber berichtet, dass der Oberbürgermeister das Revisionsamt gebeten habe, sich den Winterdienst des letzten Jahres genauer anzusehen, insbesondere auch den 18.12.2009. Es hat mehrere Gespräche mit ELW und Dezernat VII gegeben, alle Vorschläge wurden dort besprochen, es gab einen konkreten Auftrag, dass bis Anfang Oktober 2010 ein neues Winterdienstkonzept erstellt werden sollte.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek berichtet Herr Löber, dass es bisher keine Sitzungsvorlage zu diesem Thema gegeben habe.

Auch die Art und Weise, wie im Ausschuss Umwelt und Sauberkeit über Winterdienst unterrichtet wurde, war aus Sicht des Revisionsamtes unbefriedigend.

Auch die Darstellung der Dezernentin sei nicht korrekt gewesen. Die vorgelegte Übersicht war bestenfalls suboptimal.

Stv. Wieltsch berichtet, dass der Gustav-Stresemann-Ring total vereist sei. In den östlichen Vororten räumen Anwohner die Gehwege selber, aber in der Innenstadt gäbe es Bereiche, wo die LHW reinigen müsste. Außerdem seien unterschiedliche Stellen zuständig. Gerade für die Unterführung am Gustav-Stresemann-Ring sei sicher kein Anwohner zuständig.

Lt. Stv. Gaedeke müsste die Öffentlichkeit über die Räum- und Streupflicht und die verschiedenen Zuständigkeiten informiert werden. Sie wohne auch am Berg und man käme nicht mehr weg. Sie habe letztes Jahr in der Nachbarschaft versprochen, dass es in diesem Winter nicht noch einmal so ein Chaos geben wird und fühle sich jetzt in der Pflicht.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Lt. Herrn Wack ist die Räumpflicht Sache des Grundstückeigentümers - genau wie bei der Straßenreinigung auch und die Regelungen sind im gesamten Stadtgebiet unterschiedlich.

Vors. Tollebeek bedauert, dass kein/e Vertreter/in des Magistrats anwesend ist und Herr Wack den gesamten Unmut abbekommt. Die Situation sei aber insgesamt sehr unbefriedigend. Auch einstimmige Beschlüsse des Ausschusses scheinen keine Wirkung zu haben.

Lt. Stv. Dr. von Poser müsse auch sichergestellt sein, dass alle Beteiligten/Betroffenen (z.B. auch Schulhausmeister) wissen, dass es Salz gibt, wo es gelagert wird und wie man es abholen kann.

Zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung werden die beteiligten Fraktionen einen entsprechenden Antrag vorbereiten.

Der Revisionsausschuss wird sich mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 02.02.2011 erneut beschäftigen.

Einstimmig

0215 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

S. Ausführung unter Beschluss Nr. 0214.

Einstimmig

0216 10-F-03-0041

Kosten EXPO REAL 2010
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2010 -

Einstimmig

0217 10-F-03-0042

Kosten Wivertis / Umstellung auf Doppik
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2010 -

Herr Emmel ist zu diesem Punkt anwesend. Er berichtet, dass für die Umstellung auf Doppik Kosten i.H.v. 656.000 € entstanden sind. Ein hinterprozentiger Vergleich sei nicht möglich, weil noch andere Programme o.ä. mit hinspielten. Er wird die mündliche Antwort schriftlich nachliefern.

Lt. Vors. Tollebeek sei die Entscheidung für WIVERTIS schon gut gewesen.

Die Gewinne, die WIVERTIS an die LHW abführt wären nach Aussagen von Stv. Wieltch höher, wenn es in der alten Struktur nicht so viele Beamte (Pensionsrückstellung) gegeben hätte.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

| | | |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl. Nr. | Vorlagen Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

Sobald die Ausführungen von Herrn Emmel vorliegen, ist die Angelegenheit für den Ausschuss erledigt.

Einstimmig

0218 **10-V-14-0004**

Prüfung der Jahresabschlüsse 2007 und 2008

Aufgrund des Zeitablaufs und der bereits genehmigten Verlängerung ist es jetzt nicht mehr möglich, die Entlastung des Magistrats zeitlich zu schieben.

Vors. Tollebeek schlägt deshalb vor, das Testat des Revisionsamtes zu beschließen und den Magistrat in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2010 zu entlasten. Die Jahresrechnung 2009 könnte dann eingehender geprüft werden.

Einstimmig

0219 **10-V-20-0061**

Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2009

Es wird lt. Vors. Tollebeek keine Auflistung des Revisionsamtes mit prüfrelevanten Themen mehr geben. Das Revisionsamt hat insgesamt zu wenig Personal, um alles ganz genau prüfen zu können. Es ist deshalb besonders wichtig, innerhalb der Fraktionen zu klären, welche Bereiche das Revisionsamt genauer prüfen soll. Die Kontrolle des Magistrats ist aber weiterhin gesichert.

Die Fraktionen werden gebeten, dem Revisionsausschuss bis zu seiner Sitzung am 02.02.2011 Prüfthemen zu melden.

Einstimmig

0220 **10-V-05-0005**

Bericht zur Teilsanierung Russischer Friedhof

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird gebeten, sich mit der konkreten Mittelverteilung zu beschäftigen.

Einstimmig

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 01. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0221 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .01.2011

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba